

Posener Zeitung.

Nemundiebigster Jahrgang.

409771
IV 79: 1876, 230-448

Annoncen:
Annahme-Bureau:
Dr. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Dreieckstrasse 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Straßburg,
in Breslau bei Emil Habach.

Nr. 230.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 30. März. Der König hat dem Geh. Rechnungsgericht Müller im Kriegsministerium den R. Adl. Ord. 2 Kl. mit Eichenlaub verliehen.

Der bisher bei dem lgl. Polizei-Präsidium zu Berlin angestellte gewesene Reg.- und Baurath Wilhelm Gottfried Wellmann ist in gleicher Amtsgegenwart an die lgl. Regierung zu Stralsund versetzt, der Advokat Wellmann in Düsseldorf zum Anwalt bei dem dortigen Oberger. ernannt, der Rechtsanwalt und Notar Niemeyer zu Warburg in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Essen mit Anweisung seines Wohnsitzes dafürstet versetzt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 30. März.

In militärischen Kreisen war das Gerücht verbreitet, daß gegen jene Unterzeichner der bekannten Kreuzzeitung-Demonstration gegen Fürst Bismarck, welche, wenn auch als inaktive Offiziere dem Armeeverband noch angehören, beabsichtigt gewesen sei, die Entscheidung eines Ehrengerichts anzurufen. Man hat indes auf dieses Vorhaben an der betreffenden Stelle verzichtet, weil wohl sachlich ein verurtheilendes Erkenntnis schwer zu begründen gewesen wäre und weil eine Freisprechung der also Vorgeforderten augenscheinlich den üblichen Eindruck nur hätte vermehren müssen. Auch von dem Plane, der in einigen militärischen Kreisen erörtert wurde, durch einen unabkömmligen Organ eine militärische Gegendemonstration gegen jene Unterzeichner zu veranstalten, welche, wie Fürst Bismarck, des „Kaisers Rock“ tragen, wurde schließlich aus kameradschaftlichen Rücksichten Abstand genommen und um der Deöffentlichkeit nicht das immer unerquickliche Schauspiel einer halbspolitischen Spaltung innerhalb des Offizierstandes zu geben.

Offiziell wird geschrieben: Es hat fast den Anschein, als ob der ehemalige Bischof von Paderborn, Dr. Conrad Martin, der bekanntlich von der holländischen Regierung die Weisung erhielt, in spätestens 14 Tagen Holland zu verlassen, in den ultramontanen Blättern das Gerücht, daß er sofort nach England gehen werde, nur zu dem Zweck verbreiten ließ, um ungefördert auf irgend einem anderen holländischen Schlosse nahe der preußischen Grenze die Verwaltung seiner ehemaligen Diözese im Geheimen fortzuführen. Nachfragen in England, sowohl bei Kardinal Manning, sowie sonstigen Führern der ultramontanen Partei, haben ergeben, daß der ehemalige Bischof bis Ende der vergangenen Woche noch nicht dafürstet eingetroffen war, es müßte denn sein, daß er seine Ankunft nicht einmal an der Zentralstelle gemeldet hatte. Falls der holländischen Regierung ernstlich daran liegt, daß Dr. Martin ihr Staatsgebiet nicht zum Schauplatz ungesetzlicher Umtreibe gegen Preußen mache, wird sie wohl thun, genau nachzuforschen, ob derselbe wirklich ihre Grenzen verlassen habe.

Bei Ausführung des Gesetzes vom 31. Mai v. J. hat sich mehrfach die Notwendigkeit ergeben, die für die Auflösung der höchstselbst verordneten vorgesehenen sechmonatlichen Auflösungsfrist gemäß § 1 Abs. 3 zu verlängern, um für den Erfolg der von ihnen bisher geübten Unterrichts- und Erziehungstätigkeit durch entsprechende Einrichtungen Zeit zu lassen und eine anderweitige Unterbringung der Kinder zu ermöglichen. So lange diese Fristen laufen und die von den Genossenschaften geleiteten Lehr- und Erziehungsanstalten fortbestehen, erscheint es nicht angänglich, die Aufnahme neuer Schüler ohne Weiteres zu verbieten. Um indes zu verhüten, daß aus derartigen Vorkommnissen nicht künftig ein Grund zu ferne-rem Antragen wegen Verlängerung des Auflösungstermins entnommen wird, hat nach dem „Staatsantrag“ der Minister der geistlichen u. un-gelehrten Dienste empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß die Angehörigen der betreffenden Kinder von der bevorstehenden Auflösung jener Anstalten sofort, in künftigen Fällen aber noch thunlichst vor der Aufnahme Kenntnis erhalten.

Als in der Synodalordnung-Kommission der Abgeordnete Richter-Sangerhausen an die Vertreter der Staatsregierung gelegentlich die Frage richtete, ob es in der Kompetenz einer künftigen Generalsynode liegen würde, die Union aufzuheben oder den Bekennnisstand einer Gemeinde zu ändern, gab der Regierungskommissar, Ministerialdirektor Förster eine, übrigens auch von der genannten Kommission besonders zu Protokoll genommene Erklärung ab, die wir um ihrer Bedeutung willen mittheilen wollen. Die Frage, so erklärte Herr Förster, könne er nur aus Alinea 1 der Generalsynodal-Ordnung beantworten. Die Synodalordnung sei hier nach nur gegeben für die evangelische Landeskirche der acht älteren Provinzen. Unter dieser evangelischen Landeskirche aber könne nur verstanden werden die durch die preußische Union bewirkte Zusammenfassung und Vereinigung der beiden reformatorischen Bekennnisstände, des lutherischen und reformierten zu einer gemeinsamen Verfassung. Wollte eine Generalsynode die Union aufheben oder das Verhältnis der beiden Bekennnisstände in derselben ändern, so wäre dies gleichbedeutend mit Auflösung der evangelischen Landeskirche, mit hin auch mit der Vernichtung der Synodalorgane, die nur für diese Kirche landesgesetzlich bewilligt seien. Der Staat würde der neuen kirchlichen Bildung frei gegenüber stehen. Auf eine weitere Frage, ob die Generalsynode bestreit sei, daß im Allgemeinen Landrecht enthaltene materielle Disziplinarrecht einseitig zu ändern, erklärte der Regierungskommissar, daß keine Generalsynode Bestimmungen des A. L. R. ändern könne ohne Genehmigung durch ein Staatsgesetz. Dabei bemerkte der Ministerialdirektor Förster übrigens, daß das materielle Disziplinarrecht des A. L. R. über Geistliche bereits durch das Gesetz vom 12. Mai 1873 modifiziert sei.

Freitag, 31. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Insetseite 20 Pf. die sechzigspaltige Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind für die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Gerade im Augenblick, wo das Reichseisenbahnenprojekt durch die Vorlage der preußischen Regierung greifbare Gestalt gewinnt, veröffentlicht der frühere württembergische Verkehrsminister Fehr. v. Barnhüller eine Schrift zur Beantwortung der Frage: „Soll das Reich die deutschen Eisenbahnen erwerben?“ Nach ausführlichen Grörerungen ergibt sich dem Verfasser als Resultat seiner Untersuchung Folgendes:

1) daß die Reichsverfassung der zuständigen Reichsgewalt das Recht und die Möglichkeit gewährt, in den Betrieb der Eisenbahnen denjenigen Grad von Einheitlichkeit zu bringen, welcher den Bedürfnissen des Verkehrs und des wirtschaftlichen Lebens überhaupt entspricht; 2) daß dies namentlich im Betreff des Tarifwesens zutrifft und daß dessen Realisierung leichter möglich wäre, wenn wenigstens für den direkten und Durchgangsbetrieb das „natürliche“ System verlassen wird; 3) daß zu einer über das Maß der bestehenden Reichsverfassung hinausgehenden Zentralisierung der Reichsgewalt ein Bedürfnis nicht vorliegt; 4) daß dabei in einem solchen Bedürfnisse eine Rechtfertigung der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich nicht gefunden werden kann; 5) daß die Reichsgewalt als solche mit den für diese Verwaltung notwendigen Besugnissen nicht ausgestattet sei; 6) daß eine solche Erwerbung und die dadurch bedingte Vermölung der Eisenbahnen durch das Reich eine schwere Belastung der Reichsfinanzen, mindestens empfindliche und recht störende Schwankungen in denselben und daher in den Matrikularkosten zur Folge haben müßte; 7) daß es dem Reiche schon deshalb nicht gelingen würde und könnte, die an diese Erwerbung getünpten Erwartungen zu erfüllen; 8) daß sich daran empfindliche Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens, daher des Antriebs und der Popularität der Reichsgewalt knüpfen müßten; 9) daß die an diesen Besitz sich anschließenden Fragen des materiellen Interesses die Wahlen zum Reichstag und die Verhandlungen in demselben in unerwünschter Weise beeinflussen würden; 10) daß sich an die Operation des Erwerbes der Eisenbahnen für eine Reihe von Jahren Versuchung und Gelegenheit zu unlauteren Börsenpekulationen knüpfen würde, und daher für lange die Ruhe aus dem Gange des Geschäftslebens verbannt bliebe.

Über das durch ein Dekret des „Journal officiel“ verkündete Projekt, im Jahre 1879 in Paris eine allgemeine Weltausstellung zu veranstalten, äußert sich die „Nat. Ztg.“ wie folgt:

Die französische Regierung, nachdem sie kaum unter den neuen staatlichen Bedingungen sich konstituiert hat, tritt bereits mit einem Plan vor Frankreich und Europa, den nur ein weitgehendes Vertrauen zu der Festigkeit der europäischen Zustände eingeht. Und da jeder die Gefügungen der Anderen zunächst nach den seitigen mißt, so stellt sich die französische Regierung, indem sie eine Weltausstellung in Paris für 1879 in das Auge faßt, damit ein Zeugnis ihrer Konsernativen und friedliebenden Gesinnung aus, wie man es nicht besser wünschen kann. Das Septennat des Marquis Mac Mahon würde durch ein Böllerfest, wie es hier geplant wird, einen glänzenden Zug erhalten und Paris die Rolle eines europäischen Zentralpunktes wieder aufnehmen, die es so lange und erfolgreich durchgeführt hatte. Zwar sind die Erfolge der wiener Ausstellung keineswegs dem entsprechend gewesen, was man von ihnen erwartete. Die leiste und größte Anstrengung der überspannten österreichischen Wirtschaft endete mit einem kolossaln Zusammenbruch, dessen Ende immer noch nicht gekommen ist und der das Signal zu ähnlichen Vorgängen in Deutschland abgab. Während die Welt noch das glänzende Bild betrachtete, daß der Zusammenfluß der Erzeugnisse von Kunst und Gewerbeleistung aller Nationen darstellte, bereitete sich schon der graue Humor der Geschichte darunter das historisch gewordene Wort „Krach“ zu schreiben.

Wenn die pariser Ausstellung, wie wir nicht bezweifeln wollen, im Jahre 1879 zu Stande kommt, so könnte sie leicht das Ende der großen Krise bezeichnen, wie die wiener Ausstellung deren Beginn anzeigen. Die sieben mageren Jahre, welche die europäische Industrie zu durchwandeln hat, wären dann erfüllt. Auch an Berlin ist die Vordringung herangetreten, durch Inszenierung einer Weltausstellung in die Schatten der gegenwärtigen Lage einen Lichtpunkt zu bringen. Es ist wenig Zweifel, daß bei einem hier in dieser Richtung gefassten Entschluß die anderen Länder und Städte dem deutschen Reiche desten Hauptstadt diesmal den Vortritt gelassen hätten; schon um deswillen, weil wir zum ersten Male um diese Ehre konkurriert hätten. Es war verständig gehandelt, daß man in Berlin dieser gefährlichen Ehre aus dem Wege gegangen ist; man hat allseitig die Selbstkernheit gehabt, daß weder Zeit noch Ort zu einer solchen Aufgabe angehören ist. Die deutsche Industrie bedarf im Augenblick keines Anreizes, ihr thut, wo sie notleidet, kräftigere Nahrung, das heißt ein vermehrter Absatz noth und sie hat alsdubl mit ihren inneren Angelegenheiten zu tun, sich äußerer Schaustellungen viel annehmen zu können. Das Schlimmste aber, was wir hätten unternehmen können, wäre gewesen, wenn wir von dem Standpunkt wirtschaftlicher Sammlung, auf den wir langsam zurückgekehrt sind, uns in die glänzenden Extravaganten eines solchen internationalen Festes hätten hineinziehen lassen. Berlin ist nicht darauf angelegt, mit den Neuen und Lockungen zu konkurrieren, die Paris zum Sammelpunkt der Vergnügungslustigen der ganzen Welt machen, ein Verhältniß, welches schon im Voraus dem pariser Unternehmen sein Publikum sichert. Unsere Angaben liegen nach einer ganz anderen Seite hin, und wir können der französischen Hauptstadt ohne den geringsten Reid die Rolle überlassen, zu der sie sich so trefflich eignet und deren glänzende Durchführung die Schatten auslöschen mag, welche die Belagerung und Einnahme der Stadt, wie der Kommune-aufstand über ihr noch gelassen haben. Unter allen Umständen ist der beweislichsten Nation Europas ein friedliches Ziel und eine sie reizende Aussicht gestellt worden und wir zweifeln nicht, daß Paris die Aufgabe, wieder einmal die Welt zu amüsieren, glänzend lösen wird, nachdem es sie so lange mit ganz andern Empfindungen erfüllt hat.

Die Kosten, welche der hiesigen städtischen Volkszählung-Kommission durch die Erledigung der ihr bei der letzten Zählung zugeworfene Geschäfte entstanden sind, betrugen 19.335 M. 73 Pf. oder mehr als das Doppelte der Aufnahme von 1871, was jedoch nicht allein in den seitdem gestiegenen Kosten der Herstellung von Drucksachen (die Insertionskosten betrugen diesmal das Vierfache der Kosten von 1871) und in der seitdem gestiegenen Bevölkerungszahl der Stadt seine Rechtfertigung findet, sondern es muß namentlich in Betracht gezogen werden, daß diesmal sehr erhebliche Kosten durch Sätze entstanden sind, welche in der Rechnung der vier Jahre zuvor stattgehabten Volkszählung nicht vorkamen. Die Kommission ist der Ansicht, daß, da bei der unbedingten Notwendigkeit, alle Geschäfte augenblicklich zu erledigen, eine sonst wohl zulässige Sparsamkeit nicht angewandt werden konnte, gegenüber dem erlangten, sehr befriedigenden Ergebnisse auch der bezeichnete Kostenaufwand gewiß nicht zu hoch erscheinen kann.

Am 29. ds. Vormittag ist hier Dr. Carl Ferdinand Ranke, Professor und Direktor des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, der königlichen Realchule, der königlichen Elisabeth-Mädchenchule und der Vorschule im 74 Lebensjahr nach langer segensreicher, pädagogischer Laufbahn gestorben. Bis vor wenig Wochen war der Verstorbene in seinem schwierigen und eine anstrengende Thätigkeit erfordernden Beruf unermüdlich thätig, nachdem er durch eine im vorigen Jahr nach Italien unternommene Erholungsreise nach längerer Krankheit frisch gebliebt ist, in die Heimat zurückgekehrt war. Seit 1842 beliebte er das verantwortliche Amt des Leiters so vieler blühender und weithin wirksamer Anstalten und zwar war er direkt der Leiter des Gymnasiums, während ihm für die Leitung der anderen Schulen noch andere Kräfte zur Seite standen. Aber auch in seine letzten Tage führte der Nemundiebigjährige selbst im Gymnasium mit ungewöhnlicher Kraft den Unterricht in den philologischen Unterrichtsgegenständen und in der Religion. Die unter seiner Leitung stehenden Schulen zählten insgesamt über 2000 Schüler und Schülerinnen; man kann sich aus dieser Zahl wohl eine Vorstellung bilden, wie groß die Menge Derer sein mag, die in den 34 Jahren von Ranke's Wirksamkeit ihre Bildung in den seiner Leitung unterstellten Schulen gefunden haben, wie groß die Zahl Derer, die in dem eben Verschiedenen ihren Lehrer, den Leiter ihrer Jugend betrachteten. Ranke ist aber nicht nur als Pädagog weit hinaus über Berlin, der Stätte seiner Wirksamkeit, hinausgetreten, auch als Schriftsteller über pädagogische und über philologische Themen ist er bis in die letzte Zeit hinein unermüdlich thätig gewesen. Erst vor wenig Wochen ist sein letztes philologisches Werk, eine Biographie des Sophokles, erschienen. Der Tod des jugendlich frischen, rüstig schaffenden und wirkenden Geistes, dessen Persönlichkeit ebenso allgemein bekannt als beliebt war, wird in weiten Kreisen schmerliche Theilnahme erregen. Der ältere Bruder Carl Ferdinand's, der berühmte, vom König von Bayern geehrte Geschichtsschreiber Leopold von Ranke, der nun Einundachtzigjährige, überlebt den jüngeren Bruder.

Bremen, 28. März. Außer dem volkswirtschaftlichen Kongress will dieses Jahr auch eine internationale Gelehrtenvereinigung hier tagen, die Gesellschaft für Kodifikation und Reform des Böllerrechts. Ihre Leiter, englische Juristen, haben sich wegen der erforderlichen örtlichen Vorbereitungen an den Reichstagsabgeordneten Moser gewandt, der dieserthalb vorgestern eine Veranlagung veranlaßte. Es soll da verhandelt werden über internationales See- und Wechselseitiges, internationale Seegerichte, Ausweichen auf See. Der Kongress deutscher Volkswirthe will sich vom 25. bis zum 28. September versammeln; und man wird von hier aus der internationalen Böllerrechtsgesellschaft vorschlagen, dieselben Tage zu wählen, damit die anzuordnenden Festlichkeiten und Ausflüsse gemeinsam sein können. Eine solche theilweise Gemeinschaft empfiehlt sich um so mehr, da es an sachlichen und persönlichen Verbindungspunkten zwischen beiden Vereinigungen nicht fehlt; geboren doch den Böllerrechtsgeellschaften u. A. die bekannte französische Nationaldenkmale Michel Chauvet de Parieu und Wolowski an.

Görlitz, 28. März. Am vorigen Sonnabend hatte eine größere Deputation in Berlin Audienz bei dem Kultusminister, um im Anschluß an ein schriftliches Gesuch des hiesigen Magistrats Herrn Dr. Falk die Lage unserer höheren Schulanstalten näher auseinanderzusetzen und ihn dafür geneigt zu machen, eine der genannten Schulen als Staatsanstalt zu übernehmen oder doch die Wohnungsgeldzuschüsse an die wissenschaftlichen Lehrer aus Staatsmitteln zu gewähren. Der „G. N. A.“ berichtet darüber:

Die Deputation bestand aus den Herren Gobbin, Schiersky, Köls und Seidler. Letzter sah sich der Herr Kultusminister durch das plötzlich eingetretene Ableben eines nahen Verwandten behindert, die versprochene Audienz persönlich zu erhalten und so wurde die Deputation an seiner Statt von dem Unterstaatssekretär Sydow empfangen, der auf alle für die Zukunft unseres höheren städtischen Schulwesens wichtigen Fragen bereitwillig einging. Nachdem Oberbürgermeister Gobbin die finanzielle Schwierigkeit unserer Situation geschildert, auf die große Anzahl auswärtiger Schüler besonders auch der Realchule hingewiesen und damit die Bitte um Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen aus Staatsmitteln motiviert hatte, sprach sich Herr Sydow über die Angelegenheit aus, nahm dabei Bezug auf die erwähnte schriftliche Eingabe, glaubte aber vor allen Dingen auf Übernahme einer höheren Anstalten durch den Staat keinerlei Ansicht machen zu dürfen. Die Exemplifikation auf andere Städte sei nicht zutreffend, da in jedem einzelnen Falle auf die historische Entstehung und Entwicklung der Anstalten zurückgegangen werden müsse. Ob und inwieweit später durch das Unterrichtsgesetz eine Beteiligung des Staates an den höheren Schulen, ähnlich wie jetzt bei den königlichen Gewerbeschulen, eintreten werde, darüber ließen sich gegenwärtig noch nicht einmal Vermutungen aufstellen. Der Herr Unterstaatssekretär verbreitete sich auch über die allgemeine Finanzlage und die, wie es scheint, doch immer noch äußerst günstigen Steuerverhältnisse unserer Stadt, hielt in dem schriftlichen Gesuch mehrere Punkte einer näheren Auflösung bedeckt, und machte dann der Deputation den Vorschlag: er wolle den Herrn Kultusminister darin zu bestimmen suchen, daß die Regierung in Liegnitz mit einer nochmaligen sorgfältigen Erwägung der Leistungsfähigkeit der Kommune Görlitz und mit Einholung weiterer aufklärender Berichte des Magistrats beauftragt werden möchte, um danach eine sachlich richtige und billige Entscheidung auf die Wünsche der Stadt treffen zu können. Herr Sydow empfahl aber auch noch dringend, den Herrn Finanzminister diesen Wünschen geneigt zu machen, da ohne diesen in der Sache schließlich doch nichts zu thun sei. Das Erbitten des Herrn Unterstaatssekretärs wurde von der Deputation mit bestem Dank akzeptiert und versprach Herr Sydow auch noch die Bitte unseres Oberbürgermeisters gern zu berücksichtigen: zur Vermeidung von zeitraubenden und schwierigen Korrespondenzen mit der Regierung, dieselbe zu veranlassen, einen Kommissarius in dieser Angelegenheit nach Görlitz zu schicken. Mit sichtbarem Interesse ging der Unterstaatssekretär sodann auch auf die von Herrn Gobbin angezeigte Organisationsfrage unseres höheren Schulwesens ein. Der Standpunkt, welchen der Magistrat seit den letzten Jahren nach dieser Richtung hin eingenommen hat, steht in vollkommenster Harmonie mit den von Herrn Sydow entwickelten Ansichten. Der selbe sprach sich besonders über die gebundenen Mittelschulen und deren zeitgemäße Erfüllungen günstig aus, betonte aber auch die normale Bevölkerung und die nöthwendige wissenschaftliche Befähigung eines Theils ihrer Lehrer, und hielt die höheren Bürgerschulen vornehmlich in Ordnung, die einen eigenen Stadtkreis bilden, für ein wirkliches Bedürfnis. Dagegen hielt sich Herr Sydow in seinem Urteil über Realchulen sehr reservirt und trat der Meinung bei, daß, wenn in Görlitz in der That eine der höheren Anstalten eingehen müsse, dies Voos am ehesten die Realchule treffen könnte, deren Lehrer in solchem Falle der

Staat an seinen Höhe en Schulen zu verwenden ja doch wohl in der Lage sein dürfte.

Paris, 28. März. Der Deputirte Broust, Mitredakteur der "République Française", brachte heute einen Antrag ein, in welchem die Einrichtung eines besonderen Preßbüraus für auswärtige Angelegenheiten verlangt wird. In diesem Bureau sollen unter Leitung einer parlamentarischen Kommission täglich Auszüge aus allen bedeutenden Zeitungen des Auslandes für die Mitglieder der Kammer angefertigt werden. — Morgen wird sich im Palais des Erzbischofs von Paris eine große Anzahl (angeblich dreißig) Bischöfe versammeln, um über die der Kirche bevorstehenden Gefahren, namentlich über die Bedrohung des Unterrichtsgesetzes durch die freisinnige Majorität zu berathen. — Entgegenstehenden Dementi's ungeachtet, wird von hier aus telegraphisch das Gericht verbreitet, der Herzog von Decazes beschäftigte in den Botschaftsstellen von Berlin, Konstantinopel, Madrid und der Gesandtschaft im Haag einen Wechsel eintreten zu lassen. Für Herrn von Gontaut Biron in Berlin sei Herr de St. Vallier, während der Okkupation diplomatischer Bevollmächtigter bei General v. Mantuau, für Konstantinopel sei der Herzog v. Chosseul, für Madrid Herr Jules Ferry, für den Haag endlich Herr Lansley in Aussicht genommen. Besätiigung hierfür bleibt abzuwarten.

Rom. Das Domkapitel zu St. Peter beabsichtigte am 25. d. Nachmittags gegen fünf Uhr dem Kardinal Ledochowski eine Ovation darzubringen. An derselben sollten, wie der "Germania" berichtet wird, sich sämmtliche Mitglieder des Kapitels, viele Prälaten und andere Herren aus dem Vatikan und der Stadt heiligen. Die Förmlichkeit sollte im Lokale des Seminariums stattfinden. Es werden mehrere Musikkstücke durch den Cäcilienverein vorgetragen und mehrere Poesien declamirt werden, welche zu diesem Zweck theils besonders verfaßt worden sind. Unter den declamirenden Böglingen des Seminariums befindet sich auch der junge Rudolph v. Kanzler, Sohn des Generals und Ministers Hermann v. Kanzler. — Angehörige der ehemaligen päpstlichen Armee geben in Rom unter dem Titel "La Fedeltà" eine militärische Wochenschrift heraus, welche besonders in Frankreich Anklang fand. Dieselbe bringt jetzt eine Reihe von sehr gut bearbeiteten Artikeln über die Schlacht bei Legnano. So schreibt man der "Germania".

London, 27. März. In einem Brief an den Kanzler der Diözese Kilfenora, Dr. Abbot, läßt sich Herr Gladstone über den Titel "Kaiser von Indien" folgendermaßen vernehmen:

In Erwidierung auf Ihre Zuschrift vom 10. d., sagt er, worin Sie mich fragen, ob in meiner Meinung die vergangene Geschichte der Regierung unserer Königin die Annahme des Titels "Kaisera" seitens Ihrer Majestät, in seinem wahren wie richtigen, klassischen wie historischen Sinne rechtfertigen würde, diene Ihnen zur Nachricht, daß ich die Sache sorgfältig geprüft habe. Ich habe beiden Seiten dieser wichtigen Frage die vollste Aufmerksamkeit angediehen lassen und bin zu dem Schluß gelangt, daß während in seiner, richtigen, historischen und klassischen Bedeutung Ihre Majestät nicht berechtigt ist, denselben anzunehmen, die solide, goldene, durch die Zeit geheiligte Krone von Englands Monarchen nicht des flittiven und flitterhaften Glanzes bedarf, der ihr durch diese moderne, seichte Vergoldung verliehen wird. Indien braucht ihn nicht; England will ihn nicht. Meinem Erkenntniß nach wurde das Projekt irrthümlich erfaßt, irrthümlich vorgebracht und bedurft, wie jeder Irrthum, nur der öffentlichen Bloßstellung und Untersuchung, um sich in all seinen seichten, grundlosen und widerumming Unvollkommenheiten zu zeigen. In meiner Meinung kann das Wort "Imperator" nur gebürgt verstanden werden, wenn es in Gemeinschaft mit "imperium" angewendet wird. Räumlichem Usus, wenn nicht einem wirklichen Gebräue folge, wurde der Titel "Imperator" einem siegreichen General verliehen, und "imperium" wurde die Macht genannt die er besaß, um die Erfüllung seiner Gebräue durch die Anwendung physischer Gewalt zu erzwingen. In seinem richtigen, historischen und klassischen Sinne" gehöhrt der Imperatortitel Elise; er könnte oder sollte niemals der Krone, der eminent humanen und exaltierten Dame, die über dieses Reich herrscht, angehoben werden. Es ist gesagt worden, daß Rom während der Herrschaft der Antonine mächtig und friedlich war. Die Antwort, welche in Erwidierung auf diese Behauptung auf meine Lippen springt, ist: Wenn sämmtliche römische Kaiser Antonine gewesen wären, würde Rom keine Kaiser gehabt haben.

Petersburg, 22. März. Über die Zustände im Ferghana-Gebiet (Kol and) schreibt der "Russ. Invalide": Die letzten, auf telegraphischem Wege angelangten Nachrichten konstatiren vollkommene Ruhe auf dem ganzen Territorium des neu organisierten Ferghana-Gebietes. Das Volk von Koland ist beglückt (?) durch die Aufnahme in den russischen Unterthanenverband und erholt sich sichtlich von den Schrecken und Wagen der inneren Zwistigkeiten, der Wirren und Unruhen, die das frühere Chanat Koland seit dem Juli vergangenen Jahres während der letzten zehn Monate erschütterten. Allerorts kehren die Dorf- und Stadtbewohner jetzt zu ihren friedlichen Beschäftigungen zurück. Nach dem Zeugnis russischer Kaufleute, welche große Handelszentren wie Keland und Margelan besucht haben, belebt sich der Handel überall und die kommerziellen Operationen nehmen einen Aufschwung, wie man ihn zu Zeiten Chodjar-Chans nicht erlebt hat. Unser Einfluß hat sich nicht nur bis in die entfernten kirgisischen Nomadenplätze des früheren Chanats Koland Vohn gebrochen, sondern auch bis nach Karategin, dessen Bewohner dem flüchtigen Usurpator Fulat-bei keine Aufnahme gewährt, sondern ihn gewaltsam ergripen und unteren nachfolgenden Osbigiten auslieferen. Fulat-bei hat jetzt die Todesstrafe durch den Strang erlitten, und zwar in der Stadt Margelan, dem Punkte, an welchem er die meisten seiner Schandtaten verübt und unter Anderem vor seiner Flucht in die Berge sieben russische Gefangene, die über vier Monate bei ihm gelebt hatten, ohne jegliche Veranlassung ihrerseits niedermetzelte. Die Leichname dieser Unglüdlichen wurden vom General Silobew in Margelan gefunden und mit militärischen Ehren der Erde übergeben. Die verdiente Strafe, die Fulat-bei erlitt, machte einen tiefen Eindruck auf die Bevölkerung. Der Hauptpunkt des russischen Turkestan in administrativer und kommerzieller Beziehung, die Stadt Taschkent, wird durch eine Telegraphenlinie und eine Poststraße über Choshent mit Koland verbunden. An den bevölkerertesten und strategisch hervorragenderen Punkten des Ferghana-Gebietes werden Kreisverwaltungen organisiert und Truppen in Garnison gelegt. Als Hauptstadt des neuen Gebietes ist die Stadt Koland aussersehen. Unser nächster Nachbar am Ferghana-Gebiet, der Emir von Kaschgar, entsendet eine Gesandtschaft, welche nach Konkant dirigirt worden ist, woselbst der stellvertretende Generalgouverneur von Turkestan, General Kolpalowksi, sich zur Zeit befindet. — Über die deutlichen Kolonisten in Wolhynien schreibt der "Kiewsche Telegraph": Nach stattgehabtenzählungen befinden sich gegenwärtig in Wolhynien 830 Ansiedlungen ausländischer Kolonisten. In denselben wohnen 51.036 Personen beiderlei Geschlechts, welche zusammen 160.219 Dessiatinen Land oder 3½ Dessiatinen per Seele besitzen. Alle Kolonisten,

die Exen ausgenommen, leben als Ausländer und zahlen weder dem Staate noch der Landschaft Abgaben. Sie bilden besondere Dörfer und sind in Bezug auf ihre innere Verwaltung und Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse von den übrigen lokalen Bevölkerung unabhängig. Die Mehrzahl sind Deutsche aus Preußen. Vergleicht man die Lage dieser Kolonisten mit der der russischen Bauern, so erweist sich, daß die Russen per Seele nur 1½ Dessiatine Land besitzen. Der Kolonist zahlt von seinem großen Grundstück gar keine Steuern, genießt das ungeschmälerte Einkommen desselben, das seiner Person und seiner Wirthschaft zu Gute kommt. Seine Reineinnahme beträgt etwa 50 R. per Seele. Der russische Bauer erwirtschaftet etwa 21 bis 22 R. per Seele, muß aber davon Zins, Kopfsteuer &c. zahlen, so daß für ihn selbst sehr wenig für Melioration seiner Wirthschaft aber gar nichts nachbleibt. Es wäre interessant zu wissen, meint die Zeitung, wie sich die russische bäuerliche Landwirtschaft unter gleich günstigen Verhältnissen entwickeln würde.

Petersburg, 29. März. Die Nachrichten, welche über einen tiegreifenden Entschluß Kaiser Alexander's bezüglich seiner Regierungshäufigkeit verbreitet wurden dürfen, wie die "Nationalitz" schreibt, in der Form, in der sie aufraten, als erledigt betrachtet werden. Damit ist aber selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß die Vertretung des russischen Herrschers während dessen bevorstehender Sommerreisen eine vollständigere werden könnte, als sie im verschossenen Sommer war, wo während des Aufenthaltes Kaiser Alexanders und des russischen Reichskanzlers an verschiedenen Orten außerhalb des Regierungssitzes in der Geschäftserledigung sich manche Missstände ergeben haben. Die "Nationalitz" wird von gutorientirter Seite darauf hingewiesen, daß Kaiser Alexander in der Mitte der vierzig Jahre während einer Reise des damaligen Kaisers Nikolaus als Stellvertreter seines Vaters fungirte, eine Einrichtung, die sich jedoch durch keine Neuheitlichkeit zu erkennen gab, vielmehr alle Formen beibehielt, welche die unmittelbare Ausübung der Regierungsgewalt durch den Czaren anzeigen. — In derselben Angelegenheit äußert sich die deutsche "Reichskorrespondenz" in folgender Weise:

Die von den englischen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Kaiser von Russland zu Gunsten des Cesarewitsch abdanken wolle, erwies sich wie vorauszusehen war, als eine reine Erringung. In der That ist nach einer uns aus Petersburg angehenden Mitteilung an einen solchen Schritt niemals gedacht worden. Ist auch die Gesundheit des Kaisers durch den Tod der Großfürstin Marie erschüttert und eine Kur in Baden notwendig, so ist doch von da bis zu einer Abdankung noch ein sehr weiter Schritt, der um so weniger in Betracht gezogen werden kann, als die von Kaiser Alexander begonnene zivilisatorische Mission im Innern noch lange nicht vollendet ist.

Athen. Dem deutschen Gelehrten Dr. Siegmund ist auf seiner wissenschaftlichen Reise durch die Insel Cypern ein Unglücksfall zugestoßen, der leider seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Dem "D. R. A." wird hierüber folgendes Nähere berichtet:

Der Gymnasiallehrer Dr. Justus Siegmund, aus Leipzig gebürtig, war seit dem Jahre 1873 an dem protestantischen Gymnasium zu Straßburg i. E. angestellt und mit Erfolg thätig. Durch eine vorragende Begabung für das Studium antiker Sprachenmäler ausgezeichnet, gelang es ihm von der l. sächsischen Regierung ein Stipendium zu erhalten, durch welches ihm eine Reise zu wissenschaftlichen Forschungen im Orient ermöglicht wurde. Es ging im Herbst vor dem Jahre über Konstantinopel nach Ägypten und begab sich Anfang Februar d. J. von dort nach Cypern. Nachdem er bereits in der Zeit vom 15. bis 21. Februar von Paphos aus verschiedenen Denkmäler auf Cypern besichtigt hatte, verließ er am 1. März von Neuen die Hafenstadt, um eine zweite Exkursion in das Innere der Insel anzutreten, und erreichte zu Pferde am 3. März gegen Mittag das in der Nähe der Ruinen von Amathus gelegene Dorf Hagios Thymos. Hier ließ er seinen Führer, einen griechischen Apogiaten, im Dorfe zurück, um das Mittagsmahl zu bereiten, während er selbst sich von der Frau des Bauern, in dessen Haus er abgelegen war, nach der Trümmerstätte des alten Amathus geleiten ließ, um ein kürzlich von dem amerikanischen Kunjul C. S. S. dafelbst ausgegrabenes antikes Grab zu besichtigen. Letzteres scheint ziemlich tief gewesen zu sein. Beim Heraussteigen aus der Grube stürzte sich der junge Reisende nach Angabe der bei seiner Beurteilung allein anwesenden Bäuerin auf einen Stein, der unter dem Druck nachgab und ihn bei seinem Hinabsturze mit sich zog, so daß der Unglückliche rücklings derartig in die Grube zurückfiel, daß er mit dem Hinterkopfe aufschlug und vermutlich auf der Stelle todte blieb. Auf die Nachricht von dem Unglücksfalle eilte der deutsche Konsularagent Herr Bondiziano zu Limassol (welcher Ort von Amathus etwa 1½ Stunde entfernt ist) sofort in Begleitung von zwei Ärzten und einigen anderen Personen an Ort und Stelle, um dem Verunglückten, über dessen Tod er noch keine Gewissheit hatte, Beistand zu leisten, konnte jedoch nur den Tod des Dr. Siegmund konstatiren. Nach Ansicht der ihn begleitenden Ärzte mußte derselbe schon mindestens drei Stunden zuvor eingetreten sein. Der Leichnam des Verunglückten wurde auf Anordnung des Konsularagenten nach Limassol geschafft und dafelbst auf dem griechischen Friedhofe unter Aufsicht der Lokalbehörden und der Geistlichkeit der griechischen Kirche, Hagia Napa, feierlich beerdigt.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der Entwurf über die Verordnung wird, wie verlautet, das Abgeordnetenhaus gleichfalls erst nach Ostern beschäftigen. Der Bericht ist zwar bereits festgestellt, doch soll die Zuständigkeit der Behörden in Begebausachen noch einer gutachtlchen Prüfung der Kommission für Beratung des Kompetenzgesetzes unterbreitet werden. Überhaupt wird der wichtigste Theil der Thätigkeit des Hauses erst nach Ostern beginnen, das Herrenhaus aber seinerseits erst in der zweiten Woche des Mai an die Beschlüsse des ersten herantreten können, so daß die Aussichten, die Session schon zu Pfingsten zu schließen, im Schwinden begriffen sind.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 31. März.

Die polnisch-ultramontane Partei ist nach ihrer letzten Niederlage in der hiesigen Generalversammlung der polnischen Volksbildungvereine, in welcher katholisch der Antrag abgelehnt wurde, den Bildungsvereinen eine katholische Grundlage zu geben, aufs Eifrigste bestrebt eigene polnisch-ultramontane Volksbildungvereine zu gründen. Der "Kurier" verkündet in seiner letzten Nummer an zweiter Stelle voll Entzücken, daß auf der am 27. d. M. in Schwarzenau (Czernjewo) abgehaltenen polnisch-katholischen Volksversammlung die Gründung eines polnisch-katholischen Volksbildungsbereins beschlossen wurde, in den nur katholische Polen eintreten dürfen. Der Verein, zu dessen Vorsitzenden Propst Dr. Wartenberg aus Pawlowo gewählt wurde, wird vor Allem die Verbreitung der westpreußischen, polnischen u. österreich. Kaplanblätter unter die Landbevölkerung anstreben. — In welcher systematisch gefälschten Weise das polnische Landvolk auf den Volksversammlungen über die Vorgänge im Landtage belehrt wird, davon liefert die Rede des Propstes Dr. Wartenberg auf der Versammlung von Schwarzenau einen deutlichen Beweis. Der ge-

nannte Herr kommt auf den Abgeordneten v. Sybel, auf den er sehr ergrimmst ist, zu sprechen und fährt dann, nach dem Bericht des "Kurier", in folgender Weise fort: "Ein anderer Abgeordneter von denselben Zeige, Hundt von Hafft, sagte im Landtage, daß man den Polen schon längst die polnische Sprache hätte nehmen sollen, und wenn sie sich noch weiter sträuben würden, so wolle er den Herrn Bismarck bitten, daß er dies so schnell als möglich vollenden möge."

r. Die Überschwemmungen, denen in öffentlichen Gebäuden ein Dach gewährt worden war, kehren gegenwärtig allmählig in dem Maße, als ihre früheren Wohnungen wieder trocken werden, und die Polizei es gestattet, in dieselben zurück. Voraußichtlich werden bis Ostern alle Gebäude, in denen Überschwemmte untergebracht worden waren, geräumt sein.

Vissa, 28. März. [Anschlagsäulen. Landwirthschaftliches. Biebischen.] Dem Heilgihilfen Fengler ist von hiesiger Polizeibehörde die Genehmigung zur Errichtung von Anschlagsäulen innerhalb der Stadt erteilt worden. Die erste derselben wird gegenwärtig in der Breiten Straße hergestellt; sie besteht aus einem vierfältigen Sockel, auf welchem eine runde Säule steht. Der Tarif für die Benutzung der Säulen zu Belanntmachungen ist noch nicht veröffentlicht. — Vom landwirthschaftlichen Ministerium ist dem landwirthschaftlichen Verein Kosten-Frauzeug-Kräbber durch den Herrn Oberpräsidenten in Polen die Summe von 2700 M. zur Hebung bäuerlicher Wirthschaften überwiesen worden. Die Herren Heising-Morawew, Felgentreu-Dambitsch und Köhler-Bawada sind mit der Verwendung obiger Summe beauftragt; dieselben fordern nunmehr die Meliorationen baldigst an sie gelangen zu lassen. — der Frauzeugkreis, insbesondere der nördlich und nordöstlich gelegene Theil, ist in diesem Jahre sehr stark von den Biebischen heimgesucht worden. Auf den Dörfern in der Umgegend von Vissa haben sich mehrfach der Tollwut verdächtige Hunde gezeigt. (No. Anz.)

△ Pine, 29. März. [Landwirthschaftliches.] Mit den diesjährigen landwirthschaftlichen Frühjahrsbestellungen sieht es bei uns leider noch sehr traurig aus. In Folge des häufigen Schneefalls in letzter Zeit und die sonstigen starken Niederschläge hat sich das Wasser, nachdem nun wieder Thauwetter eingetreten ist, auf den mit Feuchtigkeit bis zum Uferflug vollgesogenen Feldern so stark angehäuft, daß auf vielen Stellen derselbst biespielsweise die Dosen, mit denen man bis zu den Kartoffelmöhren vordringen wollte, beinahe ertrunken waren. Besonders hat das Wasser auf hochgelegenen Feldern die Winterzeit zum großen Theil weggewaschen, so daß dieselben mit Sommerweizen werden bestellt werden müssen. Was die Kartoffeln anbetrifft, so haben diese, eben besonders in den Mietheien, theils durch starren Frost, theils durch Feuchtigkeit so arg gelitten, daß im Durchschnitt ein Drittel dieser Frucht durch häufig unbrauchbar geworden ist. Demzufolge sind auch in letzter Zeit die Kartoffelpreise bei uns nicht unbedeutend gestiegen. Der Scheffel, welcher vor etwa drei Wochen hier mit 1 Mt. 75 Pf. bis 2 Mt. 20 Pf. bejaht worden ist, gilt jetzt von 1 Mt. 75 Pf. bis 2 Mt. 50 Pf. ganz besonders macht sich der Mann an Futter bei uns jetzt geltend. Ein Schöck Stroh kostet bei uns 51—54 Pf. Stark. Was das Getreide anbetrifft, so macht sich wegen den erwähnten bedeutenden Kartoffelschäden auch auf diesem Gebiete in neuester Zeit eine Preisssteigerung fühlbar.

Gnesen, 28. März. [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Zur heutigen außerordentlichen Sitzung waren die Stadtverordneten vollzählig erschienen, den Magistrat vertraten Herr Hofrat v. Grutkowsky und Herr Stadtrath Grundzelski. Zu einer beständigen Debatte und persönlichen Bemerkungen kam es bei der Etatvorstellung. Der Etat für das Jahr 1876 könnte von den Stadtverordneten bisher noch nicht vollzogen werden, weil sie und der Magistrat im Betreff des Gehalts für den Kämmerer und der Sporthalle nicht übereinstimmende Beschlüsse gefaßt hatten. Letzterer ist gegen die Aufnahme des früher von dem Gehalt des Kämmerers abgesetzten 525 Mt. in den diesjährigen Etat und der Sporteln von 309 Mt. Nach dem Beschuß in der letzten Stadtverordnetensitzung war der Magistrat schriftlich erfuhr, den Beschlüssen der Stadtverordneten beziehentlich obiger Punkte beizutreten event. seine Ansichten ebenfalls schriftlich zu motivieren. Beides war trotz rechtzeitiger Mahnung nicht geschehen. Bei der Abstimmung fällt der Antrag eines Herrn „auf Grund des § 36 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 die Vollziehung des Etats auszusezen, bis die Motivierung des vom Magistrat abweichend gefaßten Beschlusses erfolgt sei, was dieser bis zum 1. April c. bewirken möge“ — und es wird der Antrag des Vorsteher v. Kutschkowsky angenommen, den Etat für das Jahr 1876 in Höhe von 96.524 Mt. 79 Pf. heute ohne Weiteres festzulegen und zu vollziehen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Regierung in diesem Streitpunkte wird entscheiden müssen. Nachdem noch einige Angelegenheiten von nicht allgemeinem Interesse verhandelt waren, beschloß die Versammlung in geheimer Sitzung über die Wahl eines Bürgermeisters zu berathen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Paris, 30. März. Bankauswerts:

Bunahme

Barborrath	10.982.000 Frs.
Vorte. der Hauptb. u. d. Filialen	28.667.000 =
Notenumlauf	21.325.000 =
Guthaben des Staatsschatzes	6.257.000 =
Laufende Rechn. der Privaten	9.305.000 =

Gelammt-Vorschüsse 3.326.000 =

** London, 30. März. Bankauswerts:
Total-Reserve 13.179.863 Pf. St. Abnahme 307.033 Pf. St.
Notenumlauf 26.821.075 = Bunahme 643.365
Baarbrrath 25.000.938 = Bunahme 336.332
Portefeuille 19.853.620 = Abnahme 86.765
Guth. d. Priv. 19.021.728 = Abnahme 605.205
do. d. Staats 9.803.159 = Bunahme 713.827
Notenreserve 12.185.700 = Abnahme 356.005
Regierungen 14.357.605 = Bunahme 504.390
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 45½ p.c.
Clearinghafe-Umlauf 79 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 29 Mill.

** Wien, 30. März. Die Einnahmen der lombardischen Eisenbahn (Österr. Ntz) betragen in der Woche vom 18. bis zum 24. März 530.733 Fl., ergaben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 4578 Fl.

** London, 29. März. Dem "Evening Standard" zufolge hat die Firma Streitkisen, Bischof and Compagnie von der Seidenbranche, Great Winchester buildings, London, ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva sollen 120.000 Pf. Sterling betragen.

** Die Bank von England und die Silberfrage. In der am 16. d. M. abgehaltenen halbjährlichen Versammlung der Interessen der Bank von England wurde u. A. die Frage der Entwertung des Silbers zur Sprache gebracht. Herr Gerstenberg bezeichnete als die Hauptursache der Entwertung die in Deutschland vor sich gegangene Demonstration, und sprach die Überzeugung aus, daß, wenn die Bank von England seiner Zeit der deutschen Regierung empfohlen hätte, die Gold- und Silberwährung zu adoptiren und in Gemeinschaft mit der französischen Regierung zu handeln, der gegenwärtige starke Rückgang des Silberpreises nicht eingetreten sein würde. England sollte allen denjenigen Regierungen, die eine Silberwährung haben, an's Herz legen, dieselbe abzuschaffen. Wenn die Bank von England ihre Aufmerksamkeit auf den Gegenstand richten und ihren Einfluß in die Wagschale werfen würde, dürfte eine heilsame Wirkung nicht ausbleiben. Der Orient besitzt über 250 Millionen £. in Silber und eine Entwertung derselben um die Hälfte würde England sehr wesentlich erscheinen. Jones schrieb die Silberentwertung den unver-

bärmächtigen Anforderungen zu, welche die indische Regierung in England an die Revenuen Indiens stelle. Der den Verhandlungen präsidente Gouverneur der Bank, H. H. Gibbs, empfahl, den gegenwärtigen Stand des Silbermarkts in nicht zu düsterem Lichte aufzufassen. Die Bank von England könnte aus alle Fälle nichts zur Reue des existierenden Uebels thun; dieselbe müßte der Zeit und dem na. den Gangen der Ereignisse überlassen bleiben. Es sei nicht Sache der ankl. ausländischen Regierungen Rathschläge zu ertheilen.

(N. B. 3)

Vermischtes.

* Von einem angeblichen Attentat auf den Kaiser wird in süddeutschen Blättern erzählt. Die Sache ist auf einen thörichten Knabenstreich zurückzuführen, welchen ein auch sonst viel angeschriebener Schüler in Heilbronn ausgefunden hat. Derselbe hat, nachdem ihm die Aufgabe eines Telegramms mit der Nachricht von einem beabsichtigten Attentate verweigert war, verworrene Angaben über eine Verschwörung gemacht, welche gegen das Leben des Kaisers gerichtet sei und der er selbst ohne dies zu ahnen, als Mitglied angehört habe. Diese Angaben haben sich in keiner Weise bestätigt, auch existirt in Berlin gar kein Süddeutscher, welcher den Namen des angeblichen Attentäters führt. Die ganze Geschichte hat der Knabe offenbar nur ausgesponnen, um von sich reden zu machen. (Trib.)

* Sagan, 28. März. [Erdrutsch] Auf dem zwischen der Gräß'schen Fabrik und dem Ekersdorfer Vorwerk gelegenen Theile der Sprottauer Straße, wo sich die hohen Böschungen befinden, macht sich ein Erdrutsch bemerkbar. Der längst der Straße laufende Riß wurde schon vor einigen Tagen wahrgenommen, der abgetrennte Theil soll sich seitdem um einen Fuß gesenkt haben; wahrscheinlich sind die gerade an jener Stelle ziemlich hohen Ufer bei dem anhaltend hohen Wasserstand unterwassen worden, wodurch der Rutsch entstanden ist. (Rd. 3.)

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 30. März. Ueber die weiteren Ergebnisse der wegen der Dynamitexplosion in Bremerhaven geführten Untersuchung ist ein zweiter amtlicher Bericht veröffentlicht worden, der zum größten Theil schon Bekanntes meldet.

Nach demselben ist der richtige Name des Thomas „Alexander Keith“, sein Geburtsort ist Halifax, wo sein Vater John Keith und sein Onkel Alexander Keith eine Brauerei besaßen. Während des Seesackkrieges nahm Alexander Keith, später Thomas genannt, an Unternehmungen von Blockade brechenden Schiffen thätigen Anteil und stand namentlich in genaueren Beziehungen zu dem Kapitän der „Old Dominion.“ Ende 1864 verschwand derselbe von Halifax, indem er seine Auftraggeber um 200,000 Dollars beschwindete, worunter sich eine einlauffreie Versicherungssumme von 32,000 Dollars für den verunglückten Dampfer „Caledonia“ befand. 1866 kam Alexander Keith, bedrängt durch die in Halifax Beschwindeten, nach Europa. Die durch James Thomas auf der verschwundenen „City of Boston“ verschiffsten 3 Kisten mit Pelzwaren waren nicht versichert. Auch sind wissenschaftliche Helfershelfer des Alexander Keith bei seiner verbrecherischen Unternehmung bis jetzt nicht entdeckt. Das dem Uhrmacher Fuchs vorgelegte Uhrmodell war ein von Kind angefertigtes Originalwerk. Die von den englischen Behörden angestellte Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Stuttgart, 30. März. In der heutigen Sitzung der Stände-kammer wurden die neulich gestellten bekannten Anträge und Interpellationen in Betreff der Reichseisenbahnfrage beantwortet. Der Telegraph meldet darüber:

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet der Abg. Schmid unter Beifall des Hauses seinen Antrag, die Zustimmung zu dem Übergang der württembergischen Bahnen an das Reich zu versagen. Der Redner beleuchtet den Ankauf der deutschen oder auch nur der preußischen Bahnen von historischer, politischer, volkswirtschaftlich-finanzialer Seite und stellt den Unterschied zwischen dem in dieser Angelegenheit in der sächsischen Kammer gestellten Antrage und dem feindlichen dar. Dieser wolle das politisch Deforum wahren und die Schaffung eines Reichseisenbahngezes, jedoch in dem Sinne, daß die Verwaltung der Bahnen nicht an das Reich falle. — Nachdem erhält das Wort der Abg. Dr. Elben, welcher zunächst nach warmer Anerkennung der württembergischen Eisenbahnverwaltung die Berücksichtigung des deutschen Eisenbahnwesens und die daraus entstehenden Schäden schildert. Redner hebt dieser Berücksichtigung gegenüber die festere Organisation des Eisenbahnwesens in Frankreich und auch in England hervor, die auf weniger großen Verwaltungen beruhe. Eine Abhilfe dieser Uebelstände sollte in Deutschland das Reichseisenbahngez bringen, das aber bis jetzt nicht zu erzielen war. Redner kann aus seiner Kenntnis der Dinge in Berlin beifügen, daß der Widerstand gegen das in Rede stehende Projekt nicht von der württembergischen Regierung ausgegangen sei. In Betreff der neuesten dem preußischen Landtag zugegangenen Eisenbahnvorlage bedauert Elben, daß man heute hier verhandle, ohne die näheren Aufschlüsse abzuwarten, welche in wenigen Tagen im preußischen Abgeordnetenhaus mit Sicherheit zu erwarten seien, und hebt alsdann hervor, daß der bisherige Widerstand wesentlich dem Ankauf der gesammten Staatsbahnen umfaßte. Auf längere Zeit könne dies Verhältnis nicht bestehen. Der Kern der preußischen Vorlage sei nur die Alternative: Reform durch das Reich oder eine seitliche Eisenbahn-Politik. Redner zeigt eingehend den Unterschied, führt Preußens Verlehrungsgebiet auf, welches fast alle deutschen Handelsstraßen beherrsche, zeigt das alsdann entstehende Übergewicht, welches auf das Empfindlichste die Alleinstehenden treffen müsse. Insbesondere müsse Baden der Verkehrszone des preußisch-rheinischen Gebiets auftreten und dadurch isolirt werden. Bei dieser Sachlage spricht Redner sich entschieden für die Reform durch das Reich auf und schließt mit einer Erinnerung an die Geschichte des Zollvereins, der auch einst hier bestämpft worden und doch jede Krisis überstanden habe. Auch dem Gedanken dieser Reform durch das Reich, wenn er auch vielleicht heute noch nicht reif sei, gehöre die Zukunft!

Darauf erklärte Minister v. Mittnacht, man werde nicht fehlgehen, wenn man das Reichseisenbahnprojekt mit dem Nichtzustandekommen des Reichseisenbahngezes in Verbindung bringe. In den Jahren 1874 und 1875 seien 2 Entwürfe eines Reichseisenbahngezes an die Regierung gelangt, keiner derselben habe aber dem Bundesrathe vorgelegen. Die Regierung habe die Entwürfe berathen, indem sie in erster Stelle auf die Reichsverfassung und dann erst auf die Bundesinteressen Rücksicht genommen habe. Sie habe den ersten Entwurf im Oktober 1874 beantwortet und nicht nur Bedenken geltend gemacht, sondern auch Gegenvorschläge geäußert, welche vom Reichseisenbahnamt in den zweiten Entwurf zum größten Theil aufgenommen worden seien. Der zweite Entwurf habe die Bestimmung enthalten, daß die unmittelbare Aussicht über alle deutschen Bahnen dem Reiche zufallen solle. Hierin habe die Regierung eine formelle und materielle Anerkennung der Reichsverfassung erblickt, es sei ihr namentlich erschienen, einen Grundstiel von solcher Tragweite an die Spitze zu stellen, wonach das Verhältnis dieses Grundstiles zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs festgestellt wäre. Die Regierung habe geglaubt, daß dieser Grundsatz wegfallen und doch ein brauchbares Geles zu Stande kommen könnte. Der Reichskanzler habe dem Bundesrathe die Ergebnisse der Berathungen der Enquêtekommission vorgelegt und sich auf Grund derselben Vorschläge zu machen vorbehalten, es seien bisher aber noch keine Vorschläge er-

sollgt. Württemberg sei jeder Zeit bereit, einem allgemeinen Tarifzuge zu folgen, das die Landesinteressen nicht gar zu empfindlich schädige, beizutreten. Gegen Schluß des vorigen Jahres habe die Regierung glaubhaft erfahren, daß nur die Privatbahnen vom Reich gefaßt werden sollten und habe er, der Minister, diese Eventualität bei dem bekanntesten unterer Toast im Auge gehabt. Gegenüber dem Standpunkte einer Bundes-Regierung, welche den Verkauf ihrer Bahnen an das Reich erwäge, habe die Regierung selbst als Bundes-Regierung über den Ankauf erwogen und vor Monatsfrist ihren Gefanden in Berlin beantragt, zu erklären, daß Württemberg für den Ankauf deutscher oder preußischer Bahnen durch das Reich aus politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Gründen seine Stimme nicht abgeben könne.

Der Minister führte demnächst aus, daß die Eisenbahnen durch die Reichsverfassung nicht, wie die Post und das Telegrafenwesen, dem Reich vindig seien und hielt es nicht für wünschenswert, daß Württemberg neben seinem eigenen Bahnenbestand noch ein Reichsbahnbestand tragen helfe. Man sehe häufig an dem bestehenden nur die Schattenseiten und an dem Zukünftigen die Lichtseiten, auch in der Reichseisenbahnfrage gebe man sich manchen Illusionen hin. Wenn die Frage wegen Abtretung der Eisenbahnen, des Post- oder Telegrafenwesens an die Regierung herantrete, werde dieselbe nichts ohne Zustimmung der Kammer unternehmen. Wenn Preußen die Bahnen für sich ankaufe, werde dasselbe eine gewaltige Eisenbahnmaschine, er sei aber überzeugt, daß Preußen diese seine Macht nicht missbrauchen werde, wie das der Abg. Elben glaube. Hätte Preußen rücksichtslos sein wollen, so hätte es mit oder ohne eigene Eisenbahnmaschine oder Reichsbahnen alles durchführen können. Wenn der Reichskanzler dem Reich, daß er über Preußen stelle, den Ankauf der preußischen Bahnen anbiete, so müsse Federmann annehmen, daß er dem Reiche nützen wolle. Andere Annahmen seien ausgeschlossen. Württemberg werde hieron ausgehend die Sache wiederholt prüfen und seinen Standpunkt in bescheidener, bündesfreundlicher Weise im Bundesrathe bis zum Ende entschieden vertreten. „Wir werden uns nicht scheuen, unsere Ansicht zu vertreten, trotz des Terrorismus in der Presse, der uns Partikularismus vorwirft. Auf die Frage des Abg. Oesterlen nehme ich keinen Anstand zu sagen, daß ich die Frage, ob das preußische Projekt eine Verfassungsänderung mit sich bringe, in keinem Falle verneine. Ich ersuche die Herren, sich heute dabei zu beruhigen, daß die württembergische Regierung dieser Frage jedenfalls in keiner Weise präjudiziert hat.“ Der Abg. Mohr sprach hierauf noch gegen Reichseisenbahnen; die Debatte wird in der heutigen Abendsitzung fortgesetzt.

Wien, 30. März. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge, haben gestern und heute mehrstündige Sitzungen des Ministerrates stattgefunden, in welchen u. A. auch Maßregeln zur Hebung des Eisenbahnkredits berathen und beschlossen wurden. — In ihrem finanziellem Theile meldet die „Politische Korrespondenz“, daß die Regierung, wie versichert wird, weit davon entfernt sei, in der Eisenbahnfinanzierungsfrage die Politik der Passivität zu akzeptiren. Die Regierung habe vielmehr die Deckung des Defizits beim Betriebe der vom Staate garantirten Bahnen in ihr Programm aufgenommen und beabsichtige bei dem Reichsrathe eine Vorlage einzubringen, durch welche sämtlichen Prioritäten der subventionirten Eisenbahnen der Vollgenuss der in den Titres ausgesprochenen Binsen gesichert werden solle.

Wien, 29. März. Die Minister reisen morgen Abend nach Wien ab. Die Ministerkonferenzen beginnen daselbst am nächsten Freitag. — In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete der Ministerpräsident Tisza eine Interpellation wegen der event. zwangsweisen Heimsendung der Flüchtlinge aus der Herzegowina dahin, daß die bisherige Gastfreundschaft nicht verpflichten könnte, auch dann noch schwere Opfer zu bringen, wenn den Flüchtlingen die Heimkehr möglich geworden sei. — Die Sitzungen des Unterhauses sind bis zum 20. April vertagt worden.

Versailles, 29. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde bei Gelegenheit der Prüfung der Wahl des republikanischen Deputirten Guyho für das Departement Finistère vor dem bonapartistischen Deputirten Brax-Paris der Majorität des Hauses der Vorwurf gemacht, daß es ihr an Unparteilichkeit fehle und daß sie nur die Wahlen ihrer politischen Gegner für ungültig erkläre. Nach lebhafter Debatte wurde die Wahl Guyho's bestätigt. — Der Konseilpräsident Dufaure und der Minister des Innern, Ricard, haben sich in der Kommission des Senats gegen eine allgemeine Amnestie ausgesprochen, dagegen für Begnadigung Einzelner.

Rom, 29. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer machte Biancheri die schriftliche Mitteilung, daß er das Präsidium der Kammer niederlege. Nachdem hierauf der Ministerpräsident Depretis erklärt, daß Biancheri das volle Vertrauen das Kabinets besaße und nachdem Minghetti und Crispi ihrem Vertrauen zu Biancheri Ausdruck gegeben, lehnte die Kammer die Demission Biancheri's einstimmig ab. — Die Deputirtenkammer hat sich dann im weiteren Verlaufe ihrer heutigen Sitzung, nachdem der Ministerpräsident Depretis Zeit zur Prüfung der früher eingebrachten Regierungsvorlagen verlangt hatte, bis zum 25. April c. vertagt.

Kopenhagen, 29. März. In der heutigen Sitzung des Folketing wurden bei der Berathung des Wehrgesetzes die von der Partei der Linken gestellten Amendements mit 56 gegen 39 Stimmen angenommen und die gemäßig abgeänderte Vorlage mit 47 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Der Reichstag wurde sodann, wie bereits gemeldet, durch ein kgl. Dekret aufgelöst.

Konstantinopel, 29. März. Für den Aprilcoupon, dessen Einlösung, wie bereits gemeldet, bis zum 1. Juli c. verschoben ist, werden 6 p.c. Binsen vergütet werden. Der offizielle Text der diesbezüglichen Erklärung wird erst morgen publiziert werden, weil dieselbe in dem die Motive enthaltenden Theile nachträglich abgeändert wurde.

Alexandrien, 30. März. Nach hier eingegangenen Nachrichten wurde der zwischen den ägyptischen Truppen und dem König Johann von Abessinien verabredete Waffenstillstand von dem Letzteren gebrochen. Die ägyptischen Truppen brachten dem Könige jedoch eine schwere Niederlage bei. Derselbe wisch nach Lahlali zurück und hat abermals Friedensvorschläge gemacht.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 30. März, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Mehl auf auswärtige Notirungen.

[Schlußse] Londoner Wechsel 205, 02. Pariser Wechsel 81, 25. Wiener Wechsel 174, 10. Böh. Westbahn 153 1/2. Elisabethbahn 132 Galizier 161 1/2. Franzosen 233 1/2. Lombarden 87. Nordwestbahn 111. Silberrente 59%. Papierrente 57. Russ. Bodentr. 86%. Russen 1872 99 1/2. Amerikaner de 1885 100%. 1860er Rose 105 1864er Rose —. Kreditaktien* 125%. Österreich. Nationalbank 758, 00. Darmstädter Bank 107 1/2. Berliner B. Verein 79 1/2. Frankfurter Wechslerbank 79%. Österreich.-deutsche B. 91 1/2. Weininger Bahn 79%. Hess. Ludwigsbahn 99%. Oberbahn 73. Ungarische Staatsloose —. Ungar. Schatzanweis. alt 87 1/2. do. do. neue 86%. do. Ostb. Obh. II. 62%. Bentr.-Pacific 91 1/2. Reichsbank 155%.

* per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 135%, Franzosen 233%, Lombarden 86. 1860er Rose —. Nordwestbahn 113. Frankf. Josefsbahn 114.

Frauenf. a. M., 30. März, Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 136 1/2, Franzosen 234 1/2, Lombarden 86, Galizier 163, Elisabethbahn — Reichsbank 155%, 1860er Rose 106 1/2. Rudolfsbahn — Spanier —, Ungar. Rose —, do. Schabbons 87 1/2, Oesterl. de. Bank —, Silberrente 60%. Stetlich fest.

Wien, 30. März. Kreditaktien sehr bewegt, Bahnen theilweise lebhafter, Devisen billiger.

[Schlußse] Papierrente 65, 95. Silberrente 70, 00. 1854er Rose 103, 50. Nationalbank 868, 00. Nordbahn 1787. Kreditaktien 157, 50. Franzosen 268 25. Galizier 186, 00. Nordwestbahn 129, 80. do. Lit. B. 43, 50. London 116, 80. Paris 46, 15. Frankfurt 56, 85. Böh. Westbahn —. Kreditloose 158, 00. 1860er Rose 109, 20. Lomb. Eisenbahn 101, 25. 1864er Rose 120, 50. Unionbank 65, 80. Anglo-Austr. 67, 20. Austro-türkische —. Napoleon 9, 34. Dukaten 5 48%. Silberkopf 101, 80. Elisabethbahn 152, 00. Unarische Bräutigamantele 69, 50. Deutsche Reichs-Banknoten 57 35. Türkische Rose 20, 00. Nachbarse. Bahnen lebhaft in in Folge von Gerichten, wonach die Regierung mit vorbereitenden Maßregeln betreffs Regelung der Frage der Betriebsdefizit beschäftigt wäre. Kreditaktien 157, 50. Franzosen 267, 50. Galizier 185, 50. Lombarden 100, 50. Nordwestbahn 131, 00. Frau-Josefsbahn 134, 00. Kaschau-Oberberger 104, 00. Napoleon 9, 33. Matt.

Paris, 30. März, Nachm. 3 Uhr. Sehr matt.

Schlußse [sic] 3 pro. Renten 66 22 1/2. Anleihe de 1872 104, 40. Ital. Brojent. Renten 70, 75. Italienische Cahorsattien —. Italienische Tabakobligationen —. Franzoser 577, 50. Lombard. Eisenbahn Aktien 220, 00. Lombard. Prioritäten 239 00. Türken de 1885 15, 35. Türken de 1889 90, 00. Türkensloose 45 00. Kredit mobilier 190. Spanier exter. 16, 16. do. inter. 15, 18. Peruana —. Societe generale 535, Egyptier 258. Suezkanal-Alten 745. Banque ottomane 405. Wechsel auf London 25, 21.

Paris, 30. März, Nachts. Auf dem Boulevard wurden heute Abend Renten de 1872 zu 104, 68, Türken zu 16, 45, Egyptier zu 272 gehandelt. Matt.

London, 30. März, Nachmitt. 4 Uhr. Konsols 94 1/2. Italien. Broj. Renten 69 1/2. Lombarden 87 1/2. 3 pro. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3 pro. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. Broj. Russen de 1871 5 pro. Russ. de 1872 98 1/2. Silber 53 1/2%. Tür. Anleihe de 1865 15 1/2. 5 pro. Türken de 1889 17. 6 pro. Vereinigt. Si. pr. 1885 105%. do. 5 pro. fundierte 106%. Oesterl. Silberrente 87. 6 pro. Österreich. Papierrente —. 6 prozentige ungarische Schabbons 87. 6 prozentige ungarische Schabbons II. Emision 85. Spanier 16 1/2. 5 pro. Peruana —. Blaibiston 2 1/2 Prozent. — In die Bank floßen heute 356,000 Pf. Sterl.

New-York, 29. März, Abends 6 Uhr. [Schlußse.] Höchste Notirung des Goldgros 14%, niedrigste 13 1/2. Wechsel auf Lond. in Gold 4 D. 87 O. Goldgros 13 1/2%. Bonds de 1885 118%. do. neue 5 pro. Bonds 118 1/2%. Bonds de 1887 121 1/2%. Erie-Bahn 19%. Central-Pacific 107%. New-York Centralbahn 113 1/2. Baumwolle in New-York 13%. Baumwolle in New-Orleans 13 1/2%. Mehl 5 D. 25 C. Stoff. Frühjahrswerte 1 D. 37 O. Mais (old mixed) 69 C. Buder (fat refining Muscovado) 7 1/2%. Kaffee (Rio) 17. Speck (short clear) 13. Schmalz (Marie Wilcox) 14 1/2 C. Getreidepreis 6 1/4.

Producten-Course.

Danzig, 29. März. Getreide-Börse. Wetter: warm aber trübe Luft. Wind W. Weizen loco fand am heutigen Markte nur vereinigte Kauflust, welche zwar 380 Tonnen aus dem Markte genommen hat, doch sind die Preise dafür teils nicht voll behauptet, teils neuerdig billiger als gestern gewesen, und dürfte seit vorigem Sonnabend eine Preisermäßigung von 4—5 M. per Tonne nicht zu hoch gegriffen sein, doch fehlt auch dazu für die Mittelgattungen prompter Absatz. Bejaht wurde für Sommer- 128 9, 132/3 Bfd. 197 M. roth 129 Bfd. 203 M. alaig, aber bejaht 125 Bfd. 195 M. hellfarbig 121, 2, 125 Bfd. 204, 205 M. hellblau 128/9, 130 Bfd. 211, 213 M. weiß 128/9 Bfd. 220 M. pr. Tonne. Termine ziemlich unverändert. April-Mai 198 1/2. Mai-Juni 204 M. Br. Juni-Juli 210 M. Br. Sept.-Okt. 218 M. Br. Regulierungspreis 200 M.

Roggan loco fast ohne Zufuhr und Handel 124 Bfd. hat 153 M. per Tonne gebracht. Termine ohne Kauflust, April-Mai 143 M. Br. Regulierungspreis 146 M. — Getreide loco große 107 1/2 Bfd. 140 M. per Tonne bez. — Spiritus loco ist zu 43,25 M. gefaßt. Rüb. 20. März, Nachm. 1 Uhr. Brotiger loco 22, 00, fremder loco 23, 00 pr. März 20, 80, pr. Mai 20, 80, pr. Juli 21, 25. Roggan, brotiger loco 16, 00 pr. März 15, 35, pr. Mai 15, 20,

Produkten-Börse.

Berlin, 30. März. Wind: SW. Barometer 28 Thermometre: + 13° R. Witterung: schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 183—223 Rm. nach Dual. gef. gelber per diesen Monat —, April—Mai 197,50—199 Rm., Mai—Juni 200,50—202—201,50 Rm., Juni—Juli 204,50—205,50—205 Rm., Juli—August 207,50—208,50—208 Rm., Sept.—Okt. 208—209,50—209 Rm. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 153—165 Rm. nach Dual. gef. russ 153—155, polnisch 156—157, inländ. 160—165 ab Bahn Rm. per diesen Monat —, Frühjahr 153—154 Rm., Mai—Juni 151,50—152,50 Rm., Juni—Juli do., Juli—August 152—152,50 Rm., Sept.—Okt. 153—154,50 Rm. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 141—180 Rm. nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 156—188 Rm. nach Dual. gef. oft u. weiß 165—180, pom. u. mehl. 175—185, russ. 165—180, schwed. 180—182 ab Bahn Rm. per diesen Monat —, Frühjahr 162,50—164,50 Rm., Mai—Juni 161,50—163 Rm., Juni—Juli do., Juli—August 158 Rm., Sept.—Okt. 155 Rm. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 178—210 Rm. nach Dual. Futterware 170—175 Rm. nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. — — Rüben — — Rindf. per 100 Kilogr. loko ohne Fas 58 Rm. — Rübböhl per 100 Kilogr. loko ohne Fas 60 Rm. mit Fas 60 Rm. — per diesen Monat 59,9—60,7 Rm., März—April do., April—Mai 61,4—61,5 Rm., Sept.—Okt. 63—63,2 Rm. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilo mit Fas loko 30 Rm. Rm. per diesen Monat 28,5 Rm., März—April 26,8 Rm., Sept.—Okt. 26,2 Rm. — Spiritus etwas fester, per 100 Liter p.Ct. ohne Fas 44 Rm. Rm. loko mit Fas —, per April—Mai 43,8—45 Rm., Mai—Juni 44,8—45,5 Rm., Juni—Juli 46,2—46,5 Rm., Juli—August 47,5—48 Rm., Aug.—Sept. 48,6—49 Rm. — Weihl. Weizenmehl Nr. 0 27,25—26,25 Nr. 0 u. 1 25,75—24,25 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,75—22,25 Rm., Nr. 0 u. 1 21,50—20 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sac. — Roggenmehl

Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sac. per diesen Monat 21,15 bis 21,20 Rm. Rm. —, April—Mai do., April—Mai—Juni 21,30—21,40 Rm. —, Juni—Juli 21,35—21,45 Rm. —, Juli—August 21,40—21,55 Rm. —, Sept.—Okt. 21,60 Rm. — (B. u. S. B.)

Dresden. 30. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] — Reesaat, rothe, unverändert, ordinär 49—52, mittel 55—58, fein 61—64, hochfein 67—69 — Kleesaat, weiße, ruhig, ordinär 65—71, mittel 75—80, fein 86—91, hochfein 95—100 — Roggen (per 2000 Rfd.) niedriger, aber Kündigungsfähig —, per März und März—April 145 Rm., April—Mai 146,50—145,50 Rm. u. G. — Weizen 183 Rm. per April—Mai 148,50 Rm. —, Juni—Juli 148 Rm. —, Juli—August 148,50 Rm. —, August 151,50 Rm., Sept.—Okt. 155 Rm. — Weizen 183 Rm. per April—Mai 148 Rm. — Gerste — — Hafer 165 Rm. u. G. per April—Mai 164,50 Rm. — Raps 300 Rm. — Rübböhl unverändert, oft 62 Rm. per März 58 Rm., März—April 57,50 Rm., April—Mai 57,50 Rm., Mai—Juni 59 Rm., Sept.—Okt. 60 Rm. — Spiritus etwas matter, loko 42,30 Rm., 41,30 Rm., per März u. März—April 43 Rm., April—Mai 43,50 Rm., G. u. G. per Mai—Juni 43,80 Rm., Juni—Juli 45 Rm., Juli—August 46 Rm. — Brot ohne Umtag. Die Börsen-Kommission. (Br. S. B.)

Stettin. 30. März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön. Therm. + 9° R. Barom. 28. Wind: 3. W.

Weizen fest, per 1000 Kilo loko selber 160—198 Rm., weißer 183 bis 203 Rm., per Frühjahr 199 200 Rm. Rm., Mai—Juni 201—202 Rm. bez., Juni—Juli 203,50—204,50 Rm. bez., Juli—August 207 Rm. bez., u. G. Sept.—Okt. 207,50—208,50 Rm. Rm., 208,50 Rm. R. u. G. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländ. 154—161 Rm., Russ. 143—147 Rm., Frühjahr 146,50 Rm. nom., Mai—Juni 146,50 Rm. G., Juni—Juli 147—147,50 Rm. bez., Juli—August 147,50—148 Rm. bez., Sept.—Okt. 149 Rm. R. u. G. — Gerste geschäftlos, per 1000 Kilo loko 155—165 Rm., Futter 140—150 Rm. — Hafer still, per 1000

Rm. loco 160—170 Rm., Frühjahr 161,50 Rm. bez., Mai—Juni 161 Rm. nom. — Erbsen still, per 1000 Kilo loco Koch. 170—177 Rm., Futter 150—163 Rm. — Mais per 1000 Kilo per März 136 Rm. bez. — Winterrüben fest, per 1000 Kilo per April—Mai 280 Rm. nom., Sept.—Okt. 281 Rm. G. — Rübböhl steigend, per 100 Kilo loko ohne Fas 64,50 Rm. R. per März 62,50 Rm. R. April—Mai 60,50—62 Rm. bez., Mai—Juni 62 Rm. G., Sept.—Okt. 61,50 Rm. bez., 62 Rm. G. — Spiritus etwas fester, per 10,000 Liter p.Ct. loko ohne Fas 43,40 Rm. bez., per Frühjahr 44,10 Rm. bez., per Mai—Juni 44,90 Rm. bez., Br. u. G., Juni—Juli 46 Rm. G., Juli—August 47 Rm. G., Aug.—Sept. 48 Rm. bez., Br. u. G. — Angemeldet: 2000 Ztr. Weizen, 10,000 Liter Spiritus. — Reouirungsverträge für Kündigungen: Weizen 199,50 Rm., Roggen 146 50 Rm., Rübböhl 62,50 Rm., Spiritus 44,10 Rm. — Petroleum loko 13,25 Rm. R. — alte Ukraine 13,65 Rm. bez., Regulierungskreis 13,25 Rm. per März 13,25 Rm. R. — September 12,50 Rm. R. — (Ostf. Bts.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 280' über der Oberfläche.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
30. März	Nachm. 2	27° 9' 54"	+ 10° 2'	NW 1-2	trübe, St.
30.	Abr. 10	27° 10' 26"	+ 5' 8'	W 0-1	heiter,
31.	Morg. 6	27° 10' 39"	+ 2' 20'	SO 0-1	heiter, St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. März Mittags 2,2 Meter.
— 30. — 2,78

Berlin, 30. März. Unsere Ansicht, welche wir gestern an dieser Stelle dahin aussprachen, daß die geistige Festigkeit nur die Feststellung hoher Liquidationen zum Zweck gehabt habe, fand heute bereits ihre Bestätigung. Die Meldungen der auswärtigen Abendblätter hatten bereits recht matt gelautet, und die heutige wiener Börse eröffnete flau, eine Tendenz, welche auch hier sofort in österreichisch ungarischen Wertpapieren zum Ausdruck kam. Eine nähere Begründung dieser weitergehenden Ermittlung ist kaum noch nötig; die wiener Blätter enthalten immer mehr einen Notstand, dessen Umfang selbst bei der an sich so schlechten Meinung von den Verhältnissen der auswärtigen Blätter überrascht. Die Bestimmung, welche die Überzeugung von

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 30. März 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10 Rm.	Pr. C.-B.-Pfd. fd.	100,5	100,50 Rm.
Staats-Anleihe	4	99,50 Rm.	do. unk. rück.	110,5	103,30 Rm. b. G.
Staats-Schildch.	3½	92,90 Rm.	do. do.	100,5	101,00 Rm. b. G.
Kur. u. Nrn. Sch	3		Pr. C.-B.-Pfd. fd.	14½	100,10 Rm. G.
Ob.-Deichs.-Obl.	4½	101,00 Rm.	do. unk. rück.	110,5	106,50 Rm.
Berl. Stadt-Obl.	4	101,50 Rm. b. G.	do. do.	100,5	100,20 Rm. b. G.
do.	do.	93,00 Rm. b. G.	Schles.-Bod.-Gred.	5	100,00 Rm. G.
Töln. Stadt-Anl.	4½	100,50 Rm. b. G.	do. do.	4½	94,00 Rm. G.
Rheinprovinz	4	101,50 Rm.	Stett. Nat.-Hyp.	5	101,00 Rm. b. G.
Schld. d. R. Kfm.	5	100,40 Rm.	do. do.	4½	98,00 Rm. b. G.
Pfandbriefe:			Kruppsche Obig.	5	101,20 Rm.

Ausländische Fonds.

Amerik. rcfz.	1881/6	104,40 Rm.	do. do.	1885/6	99,30 Rm. b. G.
Landsh. Central	4	95,20 Rm.	do. do.	1885/6	99,30 Rm. b. G.
Kur. u. Neumärk.	3½	86,00 Rm.	do. Bds. (fund.)	5	101,60 Rm. G.
do. neue	3½	84,50 Rm. b. G.	Norweg. Anl.	4½	103,00 Rm. b. G.
do. neue	4½	94,80 Rm. b. G.	do. Goldanl.	6	101,20 Rm. G.
N. Brandbg. Gred.	4	94,80 Rm. b. G.	New-Yrk. Std.-A	7	103,00 Rm. b. G.
Ostpreußische	3½	87,00 Rm.	Nem. Jersey	7	103,00 Rm. b. G.
do.	do.	95,80 Rm. b. G.	Deft. Pap. Rente	4½	56,75 Rm.
Pommersche	3½	84,50 Rm. b. G.	do. do.	56,75	60,00 Rm. b. G.
do.	do.	94,80 Rm. b. G.	do. do.	60,00	60,00 Rm. b. G.
Posensche, neue	4	95,00 Rm. b. G.	do. do.	60,00	60,00 Rm. b. G.
Sächsische	4	95,00 Rm. G.	do. do.	60,00	60,00 Rm. b. G.
Schlesische	3½	85,75 Rm.	do. do.	60,00	60,00 Rm. b. G.
do. alte A. u. C.	4		Italienische Rente	5	71,25 Rm.
do. A. u. C.	4		do. Tabal.-Obl.	6	100,50 Rm.
Westpr. rittersch.	3½	84,50 Rm. G.	Rumänier	8	102,90 Rm.
do.	do.	94,75 Rm. b. G.	Russ. Nicol. Obl.	4	91,20 Rm.
do. II. Serie	5	101,00 Rm. b. G.	do. Centr.-Bod.	5	91,25 Rm.
do.. neue	4	96,50 Rm. G.	do. Engl. A.	1822/5	100,25 Rm. G.
do.	do.	100,50 Rm. b. G.	do. do. A. v.	1862/5	100,60 Rm.
Rentenbriefe:			do. do.	1862/5	100,60 Rm.
Kur. u. Neumärk.	4	97,80 Rm.	do. do.	1862/5	100,60 Rm.
Pommersche	4	97,10 Rm.	do. do.	1862/5	100,60 Rm.
Posensche	4	97,00 Rm.	do. do.	1862/5	100,60 Rm.
Preußische	4	97,00 Rm.	do. do.	1862/5	100,60 Rm.
Rhein. u. Westfäl.	4	99,50 Rm.	do. do.	1872/5	99,10 Rm. b. G.
Sächsische	4	98,90 Rm.	do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Schlesische	4	97,75 Rm.	do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Souvereingens			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Napoleondor			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
do. 500 Gr.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Dollars			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Imperials			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
do. 500 Gr.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Fremde Banknot.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
do. einkl. Leipz.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Franz. Banknot.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
Desterr. Banknot.			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
do. Silbergulden			do. do.	1873/5	99,70 Rm. b. G.
do. ¼ Stücke					